



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

Der verunglückte Ausstand der Berliner Omnibusangestellten. Der jüngst beendete Streik der Berliner Omnibusangestellten ist für den unheilvollen Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterführer so bezeichnend, daß es angebracht ist, auch hier kurz davon Notiz zu nehmen. Die Lage dieser Angestellten, namentlich der Omnibuskutscher, war unstreitig so ungünstig, daß sie mit Recht eine Besserung verlangten und zu diesem Zweck bei der Direktion der Gesellschaft — es handelte sich um die den Omnibusverkehr in Berlin fast ganz beherrschende „Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft“ — ernsthaft vorstellig wurden. Die Finanzlage der Gesellschaft ist zurzeit infolge der immer mächtiger gewordenen Konkurrenz der elektrischen Straßenbahnen allerdings weniger gut als vor einigen Jahren, aber sie scheint doch noch nicht schlecht zu sein. Sie hat in den neunziger Jahren auf ihr Aktienkapital von 3,3 Millionen Mark nie unter 10 Prozent Dividende verteilt; im Jahre 1901 freilich nur 4 Prozent, aber im letzten Jahre wieder 6 Prozent. Die Aktien standen Ende 1901 auf 140,25, Ende 1902 auf 182; heute stehen sie auf 229,75. Diese Lage ließ es als Pflicht der Gesellschaft erscheinen, den sehr berechtigten Wünschen ihrer Angestellten so weit und so bald als möglich entgegen zu kommen, was ja auch zum Teil geschehen ist. Es müßte sehr beklagt werden, wenn sich die Direktion und die Generalversammlung durch den jetzt errungenen Sieg über den bedauernswerten Ausstand verleiten ließen, diese Pflicht fernerhin auf die leichte Achsel zu nehmen, auch wenn die Aktien übermäßig in die Höhe getrieben sein sollten und deshalb wieder abfallen müßten.

Über den Beginn des Ausstands brachte die „Vossische Zeitung“ folgenden nach unser Kenntnis die Wahrheit treffenden Bericht: Die Direktion hat Verhandlungen mit den Angestellten gepflogen, selbstverständlich nicht mit jedem einzelnen, sondern mit dem von ihnen und aus ihrer Mitte gewählten „Zwölfer-Ausschuß.“ Zwischen der Verwaltung und dem Ausschuß wurde ein vollkommenes Einvernehmen hergestellt; die Vereinbarungen, die in zehn Punkten wesentliche Zugeständnisse an die Angestellten enthalten, sollten am 1. Oktober in Kraft treten. Somit schien der Friede gesichert. Die Arbeiter konnten sich ihres Erfolges freuen und ruhig dem Winter entgegensehen. Aber da gibt es einen „Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands,“ und dessen Leiter wollten es anders haben. Kaum hatten sie von der Vereinbarung gehört, so beriefen sie die Angestellten zusammen, bezeichneten die Verhandlung mit dem Zwölfer-Ausschuß als eine Vergewaltigung, die Vereinbarung als ganz ungenügend, warfen der Direktion vor, jeden Weg zur Erringung eines annehmbaren Vergleichs abgeschnitten zu haben, und setzten durch, daß sich die anwesenden Angestellten bereit erklärten, die Arbeit sofort einzustellen und sie nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Direktion ihren gerechten Forderungen das nötige Entgegenkommen gezeigt habe . . . Nichts sei leichter — bemerkt das Blatt mit Recht dazu —, als eine Masse Arbeiter in einer Nachtversammlung zu Beschlüssen zu verleiten, die ihnen selbst nur Schaden bringen könnten. „Und die Führer und Verführer glänzen dabei im strahlenden Lichte der Arbeiterfreundlichkeit. Freilich, schlägt der Ausstand fehl, kommen die Arbeiter in Not und Elend, dann büßen nicht die Führer, sondern die Verführten.“

Ihrem sozialdemokratischen Berater folgend haben dann etwa 500 Angestellte unter Brechung des Dienstvertrags die Arbeit niedergelegt, während sich ein Teil des Personals nicht irre machen ließ, und für die entstandenen Lücken ausreichend Ersatz sofort bereit war. Nun aber begann ein Kampf gegen die Arbeitwilligen und das die Wagen der Gesellschaft benutzende, meist den arbeitenden Klassen angehörende Publikum, wie ihn frecher Berlin seit vielen Jahren nicht gesehen hat. Mehrere Tage hintereinander sammelte sich zu geeigneter Stunde und an geeigneter Stelle der Pöbel an, um mit seinem starken Arm das sozialdemokratische Urteil zu vollstrecken und zu beweisen, daß die Genossen die Herren der Straße seien. Die

Polizei konnte, trotz des starken Aufgebots von Schutzleuten, diese wiederholte Betätigung einer ausgesprochenen Pöbelherrschaft nicht verhindern, und wenn es auch nicht einwandfrei war, so war es doch begreiflich, daß ihr in gewissen Blättern lebhaft Vorwürfe darüber gemacht wurden. Jedenfalls trat wiederholt eine erfolgreiche Auflehnung des Pöbels gegen die Polizei ein, die sich durchweg als Landfriedensbruch in übelster Form darstellte und als recht gelungne Vorübung für den Kampf der Sozialdemokratie um höhere Preise anerkannt werden mußte. Daß sich die durch die Verführer um ihr Brot gebrachten Kutscher im allgemeinen dem Unfug fern hielten, ist sehr erfreulich, und wir können es nur loben, daß die Direktion, soweit es ohne Schädigung der neuangestellten brauchbaren Arbeitswilligen angeht, Gnade vor Recht ergehen lassen und die zur Vernunft gekommenen Streiker wieder einstellen will. Daß unter dem gewalttätigen Pöbelhaufen viele junge Arbeiter waren, ist wahr und natürlich, aber es wäre für die sozialdemokratischen Autoritäten in den Werkstätten und Kneipen leicht gewesen, die Jungen zurückzuhalten. Das aber haben sie nicht gewollt, und sie müssen für das Verhalten der Bengel in vollstem Maße verantwortlich gemacht werden. Wenn aber die Unruhen wieder ausschließlich den „Zuhältern“ in die Schuhe geschoben werden sollen, so ist das einfach Unsinn. Diese Herren werden zwar der revolutionären Arbeiterpartei bei jedem großstädtischen Putsche als eine Art von Elitetruppe dienen, aber solche Gewalthaufen, wie sie in der vorletzten Woche an verschiedenen Berliner Kampfplätzen aufmarschierten, vermögen sie gar nicht zu stellen.

Klar ist, daß diese Omnibusrevolten durch sofortiges scharfes Einschreiten von Militär im Keime erstickt worden wären, aber es ist auch ebenso klar, daß nichts den sozialdemokratischen Führern, die in Berlin die Macht haben, willkommener gewesen wäre, als ein solches Einschreiten mit ein paar Dutzend von Leichen möglichst unschuldiger, am liebsten weiblicher Mitläufer. Gott sei Dank, daß diese ultima ratio vermieden worden ist. Aber wiederholen dürfen sich solche Landfriedensbrüche in der Reichshauptstadt nicht, wenn blutige Katastrophen fernerhin vermieden werden sollen. Wir sind überzeugt, daß man an berufener amtlicher Stelle die nötige Lehre aus den Vorgängen zieht. Möchte nur dieses würdige Berliner Nachspiel des Dresdner Parteitags der freisinnigen Presse und recht vielen deutschen Arbeitern die Augen darüber öffnen, wohin ihr blinder Glaube an die Sozialdemokratie sie schließlich führt. Vorläufig hat man übrigens namentlich den reaktionären Scharfmachern sehr willkommenes Wasser auf die Mühle gegossen.

Die Anlage von Sparkassengeldern in Staatspapieren. Ein am 3. Oktober — als unsre kurze Äußerung zu der Sache in Heft 41 der Grenzboten schon in Druck gegeben war — im „Deutschen Ökonomen“ unter obiger Überschrift erschienener Artikel veranlaßt uns, schon heute, immer mit dem Vorbehalt einer eingehenden Behandlung der ganzen Frage, mit einigen Worten auf die Sache zurückzukommen. Wir halten das Verlangen, die Sparkassen möchten, um den Kursstand der dreiprozentigen Staatspapiere zu heben, einen bedeutend größeren Teil der Spargelder in solchen Papieren anlegen, deshalb für bedenklich, weil sie dann den Sparern nur einen geringern Zinsfuß gewähren könnten, eine dahin führende staatliche Maßregel aber nur dann zulässig erscheine, wenn es im Interesse der Sicherheit und der Liquidität der Kapitalien nötig wäre. Der „Deutsche Ökonomist“ ist nun der Meinung, daß die Sparkassen zu wenig Gewicht auf ihre Liquidität legten und zu sehr bestrebt seien, durch hohe Verzinsung immer mehr Einlagen an sich heranzuziehen. Das gehe so weit, daß sie sich vielfach zu vollkommenen Bankgeschäften entwickelt hätten, vielfach auch mit ausgesprochener Erwerbstendenz zugunsten der Kommunen. Nur auf der Gewährung sehr hoher Verzinsung der Einlagen beruhe es, daß die Sparkassenbücher in großer Zahl bis über 10000 Mark anwüchsen. Ende 1901 hätten in Preußen nach seiner — wohlbegründeten — Schätzung die Sparkassenbücher von 3000 bis 10000 Mark zusammen 2 Milliarden Mark und die Bücher über 10000 Mark 400 Millionen Mark ausgemacht, also mehr als den dritten Teil aller Einlagen, die 6,2 Milliarden Mark betrug. Das seien aber keine „Spareinlagen“ mehr, sondern „Kapitaleinlagen.“

Diese Kritik der Sparkassenverwaltung können wir als berechtigt anerkennen, und wir würden ohne weiteres einem Eingreifen des Staats zustimmen, das dem Mißbrauch der Sparkassen zu Kapitalanlagen über 3000 Mark ein Ende machte.

Aber das ist doch etwas ganz andres, als wenn man die Sparkassen zwingt, ihre Spargelder hauptsächlich in dreiprozentigen Staatspapieren anzulegen, um deren Kurs zu halten, worum es sich bei der von uns in Heft 41 erörterten Frage handelt. Der Staat ist nicht berechtigt, auf Kosten der unbemittelten Sparer solche Finanzoperationen zu machen, wenn er auch berechtigt ist, im Interesse der Sicherheit und der Liquidität der Sparkassen, also im Interesse der Sparer selbst, die Sparkassen zu zwingen, einen größeren Teil der Gelder in Staatspapieren anzulegen. Dazu wäre er vielleicht schon längst verpflichtet gewesen, aber nicht erst jetzt, wo der Kursstand unsrer Reichs- und Staatsanleihen wieder einmal so miserabel geworden ist. Wir meinen, die beiden Fragen sollten scharf auseinander gehalten werden.

Wenn der „Deutsche Ökonomist“ jetzt den allgemeinen Grundsatz ausspricht, es sei öder Doktrinarismus, danach zu fragen, ob der Staat „berechtigt“ sei, in dieser Weise in das wirtschaftliche Leben einzugreifen, denn wir wären schon so tief ins sozialistische Fahrwasser hineingeraten, daß eine solche Frage nicht mehr angebracht sei — auf die „Zweckmäßigkeit“ allein komme es an —, so kann das zu eigentümlichen Konsequenzen führen. Es fragt sich eben immer noch, für welchen Zweck „eingegriffen“ wird, ob für den Zweck der Sparkassen oder für ganz andre Zwecke. Je mehr wir ins sozialistische Fahrwasser hineingeraten, um so mehr wird es nötig, darauf zu halten, daß diese Frage klar beantwortet wird.

Die deutsche Kohlenproduktion. Die deutsche Kohlenproduktion — abgesehen von Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und Reuß j. L., die nur mit ganz geringen Mengen in Betracht kommen — stellte sich nach dem Reichsanzeiger vom 24. September wie folgt:

	1903		1902	
	August ¹	(Tonnen zu 1000 kg) Juli	August	Juli
Steinkohlen	10070371	10378188	9091604	9236164
Braunkohlen	3723509	3571535	3431820	3508048
Koks	976267	991071	776741	760602
Briketts etc. . . .	908972	843122	801218	793759

Daraus ergibt sich:

	Zu- und Abnahme:			
	August gegen Juli 1903		August gegen Juli 1902	
Steinkohlen	— 307817 oder — 2,9 %		— 144560 oder — 1,6 %	
Braunkohlen	+ 151974 „ + 4,3 „		— 76228 „ — 2,2 „	
Koks	— 14804 „ — 1,5 „		+ 16139 „ + 2,1 „	
Briketts etc. . . .	+ 65850 „ + 7,8 „		+ 7459 „ + 0,8 „	

Zunahme:

	August 1903 gegen 1902		Juli 1903 gegen 1902	
Steinkohlen	+ 978767 oder 10,7 %		+ 1142024 oder 12,3 %	
Braunkohlen	+ 291689 „ 8,5 „		+ 63467 „ 1,8 „	
Koks	+ 199526 „ 25,7 „		+ 230469 „ 30,3 „	
Briketts etc. . . .	+ 107754 „ 13,4 „		+ 49363 „ 6,2 „	

Vergleiche dazu Heft 38 der Grenzboten S. 742.

Während danach die Steinkohlen- und Koksproduktion im August gegen Juli 1903 abgenommen hat, ist — wie in Heft 40 Seite 70 mitgeteilt worden ist — die Mehrausfuhr an Steinkohlen im August 1903 um 17 Prozent gegen den Monat vorher gestiegen, die Mehrausfuhr an Koks um 4,3 Prozent. Gegen 1902 war die Mehrausfuhr an Steinkohlen im August 1903 um 20 Prozent, die an Koks 16,1 Prozent größer; im Juli 1903 gegen 1902 dagegen nur um 0,1 und 6,8 Prozent. Wir werden noch lange Steinkohlen in großer Menge an das Ausland verkaufen müssen, und eine Forcierung der Ausfuhr war nach der Krisis vorübergehend vernünftig. Daß aber auch jetzt noch die starke Steigerung der Mehrausfuhr der deutschen Volkswirtschaft zuträglich ist, scheint uns mehr als zweifelhaft. Was wird wohl das neue Syndikat in dieser Richtung leisten?

Die Kursbewegungen der rheinisch-westfälischen Steinkohlenaktien. Die Neubegründung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats hat nicht nur das Interesse der Börsenspekulation, sondern erst recht das jedes ernst-

haften Volkswirts und Wirtschaftspolitikers in Deutschland wieder in besonderem Maße auf den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hingelenkt. Über die deutsche Kohlenproduktion in der jüngsten Zeit haben wir vorstehend einige Mitteilungen gemacht und dabei auf die in Heft 40 gegebenen Zahlen der Einfuhr und der Ausfuhr von Kohlen verwiesen. Es ergab sich eine unsers Erachtens ungesunde Steigerung der Steinkohlenausfuhr. In nachstehendem geben wir eine Übersicht der jüngsten Bewegungen der Aktienkurse der bedeutendsten rheinisch-westfälischen Steinkohlengesellschaften an der Berliner Börse, denen im allgemeinen die Kursbewegungen an den übrigen deutschen Börsen mit Einschluß der Kuxenmärkte entsprechen.

Zunächst möge folgende Zusammenstellung über das dividendenberechtigte Aktienkapital, das 1902 in den hier berücksichtigten Unternehmungen angelegt war, und über die letzte und die vorletzte Dividende orientieren.

	Aktienkapital 1902	Dividende (%)	
		letzte	vorletzte
Consolidation	16 000 000 Mark	27	27
Gelsenkirchner Bergwerk	60 000 000 „	10	12
Harpener	60 000 000 „	10	10
Hibernia	39 400 000 „	10	13
Concordia (Oberhausen)	8 000 000 „	18	25
Eschweiler Bergwerk	15 000 000 „	14	16
Kölner Bergwerkverein	6 000 000 „	25	30
Königsborn	9 000 000 „	7	8
Massener Bergbau	5 500 000 „	5	7
Mülheimer Bergwerkverein	15 000 000 „	5	5
Nordstern	17 000 000 „	16	20
Wurmrevier *)	14 000 000 „	8	8 $\frac{1}{2}$

Im ganzen wiesen also diese 12 Aktienbergwerke ein für 1902 dividendenberechtigtes Aktienkapital von 264 900 000 Mark auf. Die letzten — im Laufe des Jahres 1903 ausgeschütteten — Dividenden sind fast durchweg kleiner als die vorletzten, im Laufe von 1902 ausgeschütteten. Auf die Gründe dieses Rückgangs näher einzugehen, würde hier viel zu weit führen. Im allgemeinen muß man daraus auf einen wirklichen Rückgang der Reinerträge wohl nicht ohne weiteres schließen. Aufwendungen zur Erweiterung der Produktion spielen unter andern dabei eine Rolle. Auch die zu diesem Zweck vorgenommenen Vergrößerungen des Aktienkapitals und aufgenommenen Anleihen müssen wir hier außer Betracht lassen.

Über die Kursbewegungen der Aktien der 12 Bergwerksgesellschaften gibt folgende Übersicht Aufschluß:

		Berliner Kurse vom Ende der Monate				Kurs vom 12. Oktober
		Januar	Juli	August	September	
Consolidation	1903	343,00	387,50	398,35	409,00	427,00
	1902	294,50	314,00	334,25	331,75	—
Gelsenkirchner Bergw.	1903	176,25	183,50	186,30	195,30	199,56
	1902	172,75	163,50	172,40	170,30	—
Harpener	1903	174,60	179,60	182,10	185,80	192,25
	1902	167,40	162,00	167,25	165,40	—
Hibernia	1903	172,00	177,70	180,40	185,50	194,00
	1902	163,90	164,50	174,50	171,50	—
Concordia (Oberhausen)	1903	270,10	298,00	299,50	317,00	394,50
	1902	271,00	265,00	280,00	275,00	—
Eschweiler Bergwerk	1903	220,75	224,00	224,50	224,60	232,60
	1902	200,00	205,00	215,00	215,30	—
Kölner Bergw.-Ver.	1903	354,50	388,00	385,00	394,90	321,25
	1902	325,00	327,00	352,00	340,00	—
Königsborn	1903	138,60	158,00	157,50	163,25	168,50
	1902	145,75	133,50	140,10	137,75	—
Massener Bergbau	1903	110,10	127,90	127,90	136,00	135,25
	1902	118,25	111,75	114,75	112,75	—
Mülheimer Bergw.-V.	1903	105,00	132,50	139,75	144,50	155,50
	1902	90,50	83,60	86,10	84,00	—
Nordstern	1903	238,00	256,50	255,00	258,00	274,00
	1902	219,00	229,00	245,00	241,25	—
Wurmrevier	1903	130,10	133,60	134,75	133,50	137,50
	1902	118,50	123,28	126,00	125,30	—

*) Bei Aachen. Gehört noch nicht zum Syndikat.

Betrachtet man zunächst den Kursstand vom Ende des Septembers 1903, so zeigt sich durchweg eine meist beträchtliche Steigerung sowohl gegen den Stand vom Ende des Septembers 1902 als auch gegen den vom Ende des Januars 1903.

Kursgewinn

	September 1903 gegen September 1902	September 1903 gegen Januar 1903
Consolidation	+ 77,25	+ 66,00
Mülheimer Bergwerkverein	+ 60,50	+ 39,50
Kölner Bergwerkverein	+ 54,90	+ 40,40
Concordia	+ 42,00	+ 46,90
Königsborn	+ 25,50	+ 24,55
Gelsenkirchner Bergwerk	+ 25,00	+ 19,05
Massener Bergbau	+ 23,25	+ 25,90
Harpener	+ 20,40	+ 11,20
Nordstern	+ 16,75	+ 20,00
Hibernia	+ 14,00	+ 13,50
Eschweiler	+ 9,30	+ 3,85
Wurmrevier	+ 8,20	+ 3,40

Gegen den Kurs vom Ende des Julis 1903 zeigten am Ende des Septembers 1903 nur Eschweiler Bergwerk und Wurmrevier einen ganz kleinen Rückgang.

Sehr beachtenswert sind die erst im Oktober 1903 eingetretenen Steigerungen der Kurse, die sich fast bei allen Gesellschaften zeigen und zum Teil verhältnismäßig sehr groß sind. Die Hauptübersicht zeigt sie deutlich. Diese neuesten Kurserhöhungen sind wesentlich durch die definitive Neubegründung des Syndikats veranlaßt worden.

Wie wird es nun weitergehen? Die Aktienbesitzer — auch die berufsmäßigen Spekulanten und die Börsenspieler — erwarten von dem Syndikat, daß es die Kurse hält und treibt. Und sie sind dabei formell in ihrem Recht. Daß die Steinkohlenaktien im besondern Grade Spekulationspapiere und damit ganz natürlich auch Spielpapiere geworden sind, muß dem Syndikat seine Aufgabe, die es im volkswirtschaftlichen Interesse erfüllen soll und zu erfüllen wohl auch noch den guten Willen hat, sehr erschweren. Die amerikanischen Trusts, deren Leistungen uns sogar Minister in Deutschland als leuchtende Beispiele eine Zeit lang empfohlen haben, mögen gerade dem Kohlensyndikat als abschreckendes Beispiel dafür dienen, wohin es führen würde, wenn es sich den Interessen der Börsenspekulation einseitig dienstbar machte. Wäre jetzt das Syndikat zerfallen, so hätten nicht nur die Kurse einen Abfall zu gewärtigen gehabt, sondern auch die wirtschaftliche Lage der Kohlenindustrie selbst wäre wahrscheinlich arg gefährdet worden. Wir halten die Neubegründung nach Lage der Sache für ein Glück; mögen die Leute des Syndikats dafür sorgen, daß es nicht zum Unglück wird. Rückgrat gegen die Spekulanten und die Spekulationsbanken werden die Herren dabei brauchen, und das wünschen wir ihnen vor allen andern guten Dingen hiermit aufrichtig.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Was der Mensch ißt. Ein Statistiker hat sich das Vergnügen gemacht, zu berechnen, was ein Mann von mittlerer Größe und mittlerem Appetit, der mit einem guten Magen ausgerüstet ist und ein Alter von siebenzig Jahren erreicht, im Laufe seines Lebens ißt. Er kann sich rühmen, 25000 Kilogramm Brot, 18000 Kilogramm Fleisch, 40000 Kilogramm Gemüse, 3000 bis 4000 Duzend Eier gegessen und etwa 500 Hektoliter Flüssigkeiten getrunken zu haben. Die Gesamtrechnung für diese Speisen und Getränke, die dieser Mensch allein zu sich genommen hat, erreicht das stattliche Stämmchen von etwa 40000 Mark. Diese Zahlen zeigen mit überraschender Deutlichkeit, welche enorme Arbeitsleistung Mund und Zähne zu verrichten haben, um solche Riesenmassen von Speisen und Getränken zu bewältigen, und vor allem beweisen sie, wie viel für unsre Gesundheit und für die Länge unsrer Lebensdauer davon abhängt, daß wir Mund und Zähne immer durch zweckmäßige Pflege in gutem und leistungsfähigem Zustand erhalten. In diesem wichtigen Sinn ist obenstehende Statistik geradezu eine ernste Mahnung, sich an eine geregelte Zahnpflege mittelst Ddol zu gewöhnen.